

# presse

---

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Für einen Equal-Pay-Day an Neujahr

**Sönke Rix**, frauenpolitischer Sprecher;

**Petra Crone**, zuständige Berichterstatterin:

**Am 18. März begehen wir zum 10. Mal den Equal-Pay-Day. Als „Tag für gleiche Bezahlung“ markiert dieser symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1.1. für ihre Arbeit bezahlt werden.**

„Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern spiegelt sich nicht allein auf dem Gehaltszettel wider, sondern hat auch langfristige Folgen: Im Laufe eines Lebens wird die Lücke stets größer. So haben Frauen am Ende ihres Erwerbslebens im Durchschnitt 50 Prozent weniger erwirtschaftet als Männer. Das schlägt sich auch auf die Rente nieder: Während die der Frauen bei durchschnittlich 618 Euro liegt, bekommen Männer im Durchschnitt 1037 Euro Rente.

Dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Deutschland noch immer bei 21 Prozent liegt, ist zutiefst ungerecht. Der große Unterschied, der sich daraus am Ende eines Erwerbslebens ergibt, ist noch erschreckender.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und die Lohnlücke zu schließen, beraten wir aktuell im Bundestag den Entwurf für ein Entgelttransparenzgesetz. Dieser sieht Folgendes vor: In Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten soll ein individueller Auskunftsanspruch eingeführt werden. Damit erhalten bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen, die einer gleichen oder gleichwertigen Tätigkeit nachgehen, bezahlt werden. Ebenso sollen private Arbeitgeber mit über 500 Beschäftigten zukünftig dazu aufgefordert werden, regelmäßig ihre Löhne auf die Einhaltung der Entgeltgleichheit im Betrieb zu

überprüfen. Lageberichtspflichtige Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten müssen zudem künftig regelmäßig über den Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit berichten.

Diese Eckpunkte wurden in harten Verhandlungen mit dem Koalitionspartner festgelegt. Dabei ist für uns klar: Das Entgelttransparenzgesetz ist ein wichtiges Signal und ein erster guter Anfang im Kampf für Lohngerechtigkeit. Allerdings sind wir fest davon überzeugt, dass weitere gesetzliche Regelungen in der nächsten Legislaturperiode folgen müssen – damit in Zukunft der Equal-Pay-Day auf den 1.1. fällt.“